

Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Brandenburg

Die Kommunalwahl 2008 im Land Brandenburg hat die politische Arbeit kommunaler Mandatsträger in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen ein Stück weit verändert. In dreizehn von vierzehn Landkreisen und in zwei von vier kreisfreien Städten in Brandenburg sind rechtsextreme Mandatsträger in die kommunalen Gremien eingezogen. Damit wurden einige neue Fragen aufgeworfen. Von der Sitzordnung bis hin zur Hausordnung wurde vieles durchdacht.

Mit der folgenden Darstellung geben wir einen Überblick über das Agieren rechtsextremer Mandatsträger. Wir vergleichen DVU und NPD und beleuchten die Arbeit einzelner Abgeordneter dieser Parteien. Weiter behandeln wir die Veränderungen des politischen Klimas in den Kommunalvertretungen seit dem Einzug von Rechtsextremen und die damit verbundene Arbeit der Kreistagsbüros und der Büros der Stadtverordnetenversammlungen. Wir hoffen, dass die Analysen mithelfen, die kurz- und langfristigen Strategien von Rechtsextremen in kommunalen Vertretungen zu erkennen und die Wichtigkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung zu verdeutlichen. All das soll dazu dienen, Klarheit und Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten und den dahinter stehenden Parteien zu gewinnen.¹

Rechtsextreme Parteien und ihr Agieren in Brandenburg

Seit der politischen Wende 1989 ist auch Ostdeutschland in den Fokus rechtsextremer Parteien gerückt. Sowohl die DVU als auch die NPD bauen seit der Wende zielstrebig ihre Strukturen in Ostdeutschland und somit

¹ Wir bedanken uns bei allen engagierten und diskussionsfreudigen Personen, die uns bei unseren Recherchen zu diesem Artikel unterstützt und weitergebracht haben. Besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Kreistags- und Stadtverordnetenbüros gebührt ein großer Dank für die tiefen Einblicke, die wir durch sie gewinnen konnten.

auch in Brandenburg aus. Zu Beginn werden wir beide rechtsextreme Parteien näher beleuchten und ihr Wirken in Brandenburg beschreiben, um einen Überblick zu verschaffen und eine Grundlage für die Einordnung des Agierens in den Kommunalen Vertretungen zu geben.

Die DVU in Brandenburg

Die DVU wurde 1987 auf eine Initiative des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey gegründet, der bis 2009 – also 22 Jahre lang – ihr Vorsitzender war. Er trat aus gesundheitlichen Gründen zurück. Bis dahin finanzierte Frey Wahlkämpfe und die Landesstrukturen aus seinem Privatvermögen. Er spendete Gelder in großem Umfang und gab der DVU großzügige Kredite. An diesen Krediten zahlt die DVU bis heute und Frey verdient an den Zinsen, die diese Partei ihm einbringt. Die DVU-Mitglieder dankten ihm dies und bezogen das Presseorgan der DVU, die „National-Zeitung“, sowie andere Produkte aus seinem DSZ-Verlag (Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH). Daran verdient Frey weiterhin.²

Neuer DVU-Vorsitzender ist Matthias Faust, der in der Vergangenheit schon einige andere Parteien durchlaufen hat. Er ist deutlich jünger und versucht nun, die Partei etwas auf Vordermann zu bringen und attraktiver und moderner zu gestalten. Neben Matthias Faust findet man auch zwei Brandenburgerinnen im Bundesvorstand der DVU: Birgit Fechner und Liane Hesselbarth, die einzigen Frauen im Bundesvorstand.³ In Brandenburg sind sie nicht ganz unbekannt. Beide saßen bis September 2009 für die DVU im Brandenburger Landtag. Aber dazu später mehr.

Die DVU zählt nach eigenen Angaben momentan 6.500 Mitglieder bundesweit.⁴ Seit der ehemalige Parteichef Gerhard Frey nicht mehr das Ruder der DVU führt, sieht die finanzielle Situation der DVU nicht wirklich rosig aus. Um die sehr dünnen Strukturen trotzdem weiter aufrechterhalten zu können, hat die DVU im Oktober 2009 Strukturbeauftragte ernannt. Diese haben die Aufgabe, den Aufbau von Gebietsverbänden zu unterstützen, bei organisatorischen Fragen zu helfen, und sie sollen die direkten Ansprech-

² Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2008. Potsdam 2009, S. 41, http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/VS_Bericht%202008_web_24_03_09.pdf [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

³ <http://www.die-rechte.info/wordpress/bundesvorstand/> [zuletzt aufgerufen am 29.10.2009].

⁴ <http://www.die-rechte.info/wordpress/2009/10/arbeit-arbeit-arbeit/> [zuletzt aufgerufen am 13.10.2009].

partner vor Ort darstellen. Dafür hat die DVU ganze drei Personen ernannt. Für den mitteldeutschen Raum und somit auch für Brandenburg ist Bernd Zeise zuständig.⁵ Er ist unter anderem Landesorganisationsleiter der DVU in Sachsen. Es bleibt abzuwarten, ob die drei Strukturbeauftragten als Ansprechpartner vor Ort wirklich vor Ort anzutreffen sind.

Seit 1991 agiert die DVU in Brandenburg.⁶ Zur neuen Vorsitzenden des Landesverbandes wurde am 1. November 2009 die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Liane Hesselbarth gewählt, Norbert Schulze aus Sallgast (Landkreis Elbe-Elster) ist ihr Stellvertreter.⁷ Die DVU verfügt in Brandenburg laut eigenen Informationen momentan über elf Kreisverbände und zwei Ortsverbände in Lauchhammer und Hänchen (bei Cottbus).⁸ Nur zwei der insgesamt elf Kreisverbände verfügten über eine eigene Internetpräsenz: Nur der Kreisverband Potsdam und der Kreisverband Teltow-Fläming stellten sich bis Ende 2009 öffentlich im Internet dar. Etwa 220 Mitglieder der DVU werden in Brandenburg durch diese elf Kreisverbände verwaltet. Nur in sehr wenigen Orten agieren die Mitglieder öffentlich oder werden von den Bürgern vor Ort wahrgenommen. Nur zu Wahlen erscheint die DVU sichtbar in den Orten durch ihre Wahlplakate und vereinzelt durch Postwurfsendungen.

Zur Landtags- und Bundestagswahl 2009 hat die DVU einige Kundgebungen durchgeführt. Die Resonanz war sowohl bei der DVU-Anhängerschaft wie bei der Bevölkerung im Allgemeinen sehr schwach. Mit der Solidarität und dem Zusammenhalt innerhalb der Partei scheint es nicht weit her zu sein. Die DVU gilt auch nach dem Führungswechsel in ihrer Spitze immer noch als Phantompartei in den Regionen.

Die DVU im Brandenburger Landtag

Von 1999 bis 2009 war die DVU im Brandenburger Landtag vertreten. In der Legislaturperiode 1999 bis 2004 hat ihr Wahlergebnis von 5,28% dafür gesorgt, dass fünf Abgeordnete im Landtag sitzen durften. Die NPD schaffte es damals auf nur 0,74%. Für die darauf folgende Legislaturperiode von 2004 bis 2009 erlangte die DVU mit 6,08% sogar sechs Mandate im Landtag. Zur Landtagswahl 2004 trat die NPD wegen der Absprachen im Rahmen des Deutschlandpaktes nicht in Brandenburg an.

⁵ Ebd.

⁶ Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, a.a.O., S.210.

⁷ <http://www.dvu-brandenburg.de/2009/11/03/dvu-landesparteitag-waehlt-neuen-vorstand/> [zuletzt aufgerufen am 23.11.2009].

⁸ <http://www.dvu-brandenburg.de/partei/kreis-und-ortsverbaende/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

In der letzten Legislaturperiode stellten die DVU-Abgeordneten ca. 114 Anträge im Landtag. Diese waren zum Teil deutlich ideologisch aufgeladen. Mit Anträgen zum Thema EU setzten sie sich für ein „Europa der Vaterländer“ ein. Sie wetteten gegen „kriminelle Ausländer“ und Initiativen sowie Programme, die sich für mehr Toleranz und Vielfalt im Lande einsetzen. Auch die deutsche Sprache war ihnen immer sehr wichtig. So stellten sie zum Beispiel einen Antrag zur Stärkung der deutschen Sprache in der EU. Im Bereich der Wirtschaftspolitik brachten sie Anträge ein, die deutlich im Sinne ihrer Zielgruppe waren: Sie stützten sich besonders auf die Gruppe der kleinen mittelständischen Unternehmer.

Zur Landtagswahl 2009 hatte die DVU gleich mehrere Probleme in Brandenburg zu bewältigen. Durch den Wechsel an der Spitze der Bundespartei standen der DVU für den Wahlkampf in Brandenburg weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Dazu kam, dass die NPD den Deutschlandpakt brach und entgegen den vorherigen Absprachen zur Landtagswahl mit einer eigenen Liste und eigenen Direktkandidaten in den Regionen antrat.

Im Mai 2009 verstarb der Potsdamer DVU-Stadtverordnete Günther Schwemmer aufgrund eines Autounfalls und im August 2009 der DVU-Landesvorsitzende Brandenburgs Sigmar-Peter Schuldt nach schwerer Krankheit. Beide Personen waren langjährige Parteimitglieder mit viel politischer Erfahrung. Für die DVU Brandenburg war dies ein herber Schlag.

Nach dem Wechsel in der Führungsspitze der Bundespartei polierte die Partei kurzerhand ihren Internetauftritt auf. Nach außen möchte man moderner und jünger erscheinen. Auf den Seiten findet man jetzt regelmäßig aktuelle Beiträge und Videos. Vermutlich will man damit besonders junge, politisch interessierte Menschen in die Partei bekommen. Von außen scheint es wie ein Ringen vor den Wahlen um die Wählerinnen und Wähler aus rechtsextremen Milieus und Wähler, die von der derzeitigen politischen Führung enttäuscht sind.

Zur Landtagswahl 2009 in Brandenburg hat die DVU eine eigens dafür gestaltete Internetseite ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Pawel bleib Zuhause – Brandenburg braucht Arbeitsplätze!“ wettete die DVU öffentlich über polnische Arbeiter, Investoren und Zuwanderer und hoffte auf diese Weise noch einige Wählerstimmen zu ziehen.⁹ Die breite Öffentlichkeit wird von dieser Internetseite nicht viel mitbekommen haben. So ist also fraglich, wen und wie viele Menschen die DVU damit außerhalb ihrer eigenen Parteistruktur überhaupt erreicht hat.

⁹ <http://pawel-bleib-zuhause.de/> [zuletzt aufgerufen am 5.10.2009].

Eine deutlich Rückmeldung von den Wählern hat die Partei im September 2009 erhalten: nur 1,1% der Zweitstimmen entfielen auf die DVU. Mit dem Auszug aus dem Landtag fehlt ihr ein weiterer Finanzierungsbaustein. Nach zwei Legislaturperioden kann die DVU nun nicht mehr auf Landesebene „mitspielen“.

Die DVU in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen

Bei den Kommunalwahlen 2008 konnte die DVU 13 Mandate in sieben Kreistagen und in der kreisfreien Stadt Potsdam erringen. Die Tabelle auf der folgenden Seite enthält nähere Informationen zu den jeweiligen Kreisen und der Anzahl der Mandate sowie die Namen der einzelnen Abgeordneten.

Die DVU konnte in keiner kommunalen Vertretung den Fraktionsstatus erringen. Die Möglichkeiten für fraktionslose Abgeordnete, in den kommunalen Vertretungen ihr Mandat wahrzunehmen, sind durch die Kommunalverfassung und die danach beschlossenen Geschäftsordnungen begrenzter als bei Abgeordneten, die einer Fraktion angehören. Dies soll – so die Begründung – die Arbeitsfähigkeit der Vertretungen gewährleisten.

Anhaltspunkte zur Beurteilung der Arbeit der DVU in den Kreistagen und der Stadtverordnetenversammlung Potsdam findet man an unterschiedlichen Stellen. Einmal kann man sich anschauen, wie die Abgeordneten praktisch in Erscheinung treten. Auf der anderen Seite muss man sehen, zu welchen Themen und mit welchen Positionen die Abgeordneten sich äußern und wie diese Äußerungen zu bewerten sind. Zudem ist spannend, wie die kommunalen Vertretungen auf das Auftreten der DVU-Abgeordneten reagieren.

Bei genauerem Hinschauen zeigt sich, dass in den meisten Kreistagen von praktischer Arbeit der DVU wenig sichtbar wird, wie in den Kreistagen der Landkreise Märkisch-Oderland, Prignitz, Potsdam-Mittelmark und Oberspreewald-Lausitz. Das passt sehr schlecht mit den großen, plakativen und kämpferischen Sprüchen im Wahlkampf zusammen, die Wählerinnen und Wähler dazu bewogen haben, der DVU ihre Stimme zu geben. Dieses Nicht-Agieren sollte durch die demokratischen Parteien immer wieder nach außen deutlich gemacht werden.

Wie sieht es nun konkret in einzelnen anderen Landkreisen aus? Im Landkreis Barnim fiel das auf der Liste der DVU in den Kreistag gewählte NPD-Mitglied Mike Sandow (früherer NPD-Kreisverbandsvorsitzender) nur damit auf, dass sich zwei seiner drei Anfragen darauf bezogen, wie viele „Stolpersteine gegen das Vergessen“ mit welchen Kosten bisher verlegt worden seien; darüberhinaus wollte er wissen, welche Vereine und Gruppie-

Landkreise und kreisfreie Städte	Prozent für die DVU	Anzahl der Mandate	Personen
Elbe-Elster	5,1%	3	Michael Witschel (geb.1963), Forstarbeiter Bernd Jugendheimer (geb. 1959), Raumausstatter Norbert Schulze (geb.1950), Elektromonteur ¹⁰
Oberspreewald-Lausitz	4,4%	2	Harald Heinze (geb.1958), Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH) Sylvia Zimmermann (geb. 1970), Kauffrau Groß- und Außenhandel ¹¹
Potsdam	2,0%	1	seit 2.6.2009: Marcel Guse (geb. 1980), Koch; Guse ist im Oktober 2009 zur NPD gewechselt zuvor: Günther Schwemmer (geb. 1962, gest. 2009), Diplom-Kaufmann ¹²
Barnim	3,1%	2	Mike Sandow (geb. 1971), Handwerksmeister; Sandow ist gleichzeitig NPD-Mitglied Dietmar Lange (geb. 1956), Rinderzüchter ¹³
Prignitz	2,5%	1	Jochen Grabow (geb.1960), Maler zuvor: Dietmar Krüll (geb. 1959), Tischler ¹⁴
Märkisch-Oderland	3,3%	2	Roland Schulz (geb.1959), Elektromonteur Michael Claus (geb.1960), Landtagsabgeordneter ¹⁵
Potsdam Mittelmark	2,4%	1	Sigmar-Peter Schuldt (geb. 1950, gest. 2009), Ökonom ¹⁶
Teltow-Fläming	2,7%	1	Bärbel Redlhammer-Raback (geb.1954), Verkäuferin ¹⁷

Tabelle 1: Kommunalwahl 2008 im Land Brandenburg, Ergebnisse für die DVU; DVU-Vertreter Stand: 15.12.2009

¹⁰ Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl zum Kreistag des Landkreises Elbe-Elster am 28. September 2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster, Jg. 13, H. 16, 16.10.2008, S.5-9; Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Elbe-Elster. In: Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster, Jg. 13, H. 15, 28.8.2009, S.1-7.

¹¹ Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Vertretung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz (Kreistag) am 28.9.2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Jg. 15, H. 10, 2.10.2008, S.2-11; Bekanntmachung der Wahlvorschläge zur Wahl

rungen sich mit dem „Kampf gegen rechts“ beschäftigen. Die Anfragen sind nur schriftlich beantwortet worden.¹⁸

Die Vertreterin der DVU im Kreistag Teltow-Fläming, Frau Redlhammer-Raback, bereits seit 2003 im Kreistag, hat in der letzten Wahlperiode laut DVU-Internetseite¹⁹ vier schriftliche Anfragen gestellt, von denen drei nicht Angelegenheiten des Landkreises betrafen. Für das Jahr 2009 liegen bisher sechs schriftliche Anfragen vor, die sich mit Themen wie: Anwendung des Smiley-Projektes des Bezirksamtes Pankow (Lebensmittelhygiene in Gaststätten), Durchführung einer Verbraucherschutzkonferenz, Vergabe von Stipendien und anderem sowie mit einer möglichen Einflugschneise des Asteroiden Apophis beschäftigten. Alle Anfragen sind durch die Kreisverwaltung schriftlich beantwortet worden. Auf der Internetseite des DVU-Kreisverbandes Teltow-Fläming berichtete Frau Redlhammer-Raback über ihre Aktivitäten im Kreistag. Sie taucht bei Kundgebungen der DVU auf und versucht dort, vor allem junge Leute anzusprechen. Auch bei anderen Veranstaltungen im Landkreis ist sie vor Ort und beteiligt sich an den Gesprächen, um dabei ihre politische Haltung als DVU-Mitglied deutlich zu machen.

des Kreistages am 28.9.2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Jg. 15, H. 8, 29.8.2008, S.2-18.

¹² Endgültige Ergebnisse zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung und zu den Ortsbeiräten der Landeshauptstadt Potsdam am 28.9.2008. In: Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam, Jg. 19, H. 18, 21.10.2008, S.7-14; Wahlvorschläge. In: Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam, Jg. 19, H. 15, 4.9.2008, S.5-21.

¹³ Öffentliche Bekanntmachung anlässlich der Wahl des Kreistages am 28.9.2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Barnim, Jg. 10, H. 9, 8.10.2008, S.5-28.

¹⁴ http://www.landkreis-prignitz.de/wahlen/kommunalwahl_2008/_kommunalwahl_2008.htm [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009]; http://www.landkreis-prignitz.de/wahlen/kommunalwahl_2008/bek1wvs.pdf [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

¹⁵ http://www.maerkisch-oderland.de/cms/front_content.php?idart=950 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

¹⁶ Öffentliche Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses zur Wahl des Kreistages Potsdam-Mittelmark am 28. September 2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Potsdam-Mittelmark, Jg. 15, H. 11, 8.10.2008, S.1-6; Bekanntmachung über die zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl zum Kreistag Potsdam-Mittelmark am 28.9.2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Potsdam-Mittelmark, Jg. 15, H. 9, 5.9.2008, S.1-11.

¹⁷ Wahl des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming am 28. September 2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming, Jg. 16, H. 36, 8.10.2008, S.2-27; Wahl des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming am 28. September 2008. Bekanntmachung vom 28. August 2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming, Jg. 16, H. 29, 28.8.2009, S.5-25.

¹⁸ Quelle: Büro Kreistag Barnim.

¹⁹ <http://www.dvu-teltow-flaeming.de/kreistag.html> [nicht mehr verfügbar].

Potsdam

Etwas näher möchten wir uns mit dem DVU-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Potsdam und mit zweien der drei Abgeordneten des Kreistages Elbe-Elster beschäftigen und uns anschauen, welche Themen in diesen beiden Gremien durch DVU-Vertreter angesprochen wurden.

In der Stadtverordnetenversammlung von Potsdam saß bis zu seinem Tod durch einen Verkehrsunfall im Mai 2009 der im Jahr 1962 in Bayern geborene Günther Schwemmer. Er war bereits 2003 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Ihm wurde bei der Kommunalwahl 2008 noch einmal von einigen Bürgern das Vertrauen geschenkt. Schon in seiner Parteibiographie zeigt sich die Nähe zwischen NPD und DVU in Brandenburg.

Im Jahr 2003 war er auf der Liste der DVU angetreten. Im Jahr 2006 trat er zusätzlich fernab der Öffentlichkeit wieder in die NPD ein, deren Mitglied er nach eigenen Angaben schon einmal mit 18 Jahren geworden war.²⁰ Von diesem Zeitpunkt an verfügte er über eine Doppelmitgliedschaft. Die DVU und auch die NPD schließen das nicht aus. Der Diplom-Kaufmann verdiente sein Geld hauptsächlich als Unternehmensberater, war bis 2004 Pressesprecher der DVU-Landtagsfraktion in Brandenburg²¹ und deren Parlamentarischer Berater²² sowie Pressesprecher der Kontinent-Europa-Stiftung²³ – kurz gesagt – er war jemand, der zumindest in der DVU im Land Brandenburg eine Stimme hatte.

Auf der Internet-Seite der DVU Potsdam waren für September 2008 fünf mündliche Anfragen und eine schriftliche dokumentiert. Es ging hauptsächlich um Nachfragen zu kommunalen Entscheidungen und zweimal um die Behinderung des Wahlkampfes der DVU.

Sein revisionistisches Denken verdeutlichte Günther Schwemmer – für die WählerInnen weniger sichtbar – in Artikeln in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, für die er mehrere Artikel verfasst hat. So schrieb er im Jahr 2006 zum Kampf der Rechtsextremen um ein nationales Gedenken in Halbe:

²⁰ Georg-Stefan Russew: NPD über die Hintertür im Stadtparlament. In: Berliner Morgenpost, 8.8.2008, http://www.morgenpost.de/printarchiv/brandenburg/article825017/NPD_ueber_die_Hintertuer_im_Stadtparlament.html [zuletzt aufgerufen am 10.10.2009].

²¹ <http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de/2004/03/01/neuer-pressesprecher/> [zuletzt aufgerufen am 10.10.2009].

²² <http://www.dvu-frankfurt.de/2009/05/25/gunther-schwemmer-bei-autounfall-ums-leben-gekommen/> [zuletzt aufgerufen am 10.10.2009].

²³ Ebd.

„...daß sich zum diesjährigen Volkstrauertag 2006 noch mehr aufrechte deutsche Nationalisten zum Heldengedenken für unsere Tapfersten der Tapferen – unsere Helden der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS – in Halbe einfinden.“²⁴

Im Kommunalwahlkampf 2008 machte er seine Nähe zur NPD deutlich und ging auf Stimmenfang mit dem Schüren von Angst vor Überfremdung und vor linken Jugendlichen. Das las sich dann auf der Potsdamer DVU-Seite unter anderem so:

„Für rot-rote Klientelpolitik, also beispielsweise für Asylheischende oder die Potsdamer Antifa, ist natürlich Geld da. So, liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, kann es nicht weitergehen.“²⁵

In der Wahlperiode ab September 2008 wurde Günther Schwemmer dann deutlicher. Er beklagte in einer Kleinen Anfrage, dass es keine Jugendtreffpunkte für Potsdamer Jugendliche gäbe. Bei den bestehenden wurde unterstellt, dass sie fast ausschließlich von linksextremen Jugendlichen besucht worden seien, um dann eine schriftliche Anfrage nachzuschicken, in welcher von der Stadtverwaltung Treffpunkte für sogenannte nationale Jugendliche gefordert werden. Sein Ziel war es also nicht, alle Jugendlichen gleichermaßen zu fördern, wie es das Kinder- und Jugendhilfegesetz vorsieht, sondern „nationalen Jugendlichen“ besondere Räume zu geben.

Der Oberbürgermeister antwortete mit einem ebenso klaren wie kurzen:

„Die Landeshauptstadt Potsdam wird keine Maßnahmen ergreifen, damit in Zukunft auch für nationale Jugendliche Jugendklubs zur Verfügung gestellt werden.“²⁶

Außerdem hat die DVU im Frühjahr 2009 viel Kraft darauf verwendet, massiv Stimmung gegen den Umzug des Asylbewerberheimes in das Wohngebiet „Am Schlaatz“ zu machen, um Ängste zu schüren. Es gab mehrere schriftliche Anfragen, in denen Bewohnern des Asylbewerberheimes Straftaten unterstellt und zudem mögliche Risiken des Umzuges für die Bürgerinnen und Bürger diskutiert wurden. Die Anfragen wurden zusätzlich durch eine Unterschrif-

²⁴ Günther Schwemmer: Staatsmacht und Antifa die Stirn bieten. In Halbe muß weiter getrauert werden dürfen. In: Deutsche Stimme, 11/2006.

²⁵ <http://www.dvu-potsdam.de/stvv.html> [zuletzt aufgerufen am 15.10.2009, nicht mehr verfügbar].

²⁶ Landeshauptstadt Potsdam, Der Oberbürgermeister: Beantwortung der Anfrage „Kulturelle Angebote für nationale Jugendliche in Potsdam“, Ds. 08/SVV/1066, 11.12.2008.

tensammlung unterstrichen, die dem Oberbürgermeister übergeben wurden. All dies wurde ausführlich auf der Internetseite der DVU ausgebreitet. Hier ein kurzer Auszug:

„Potsdam darf nicht Kreuzberg werden! Wir wehren uns gegen die Überfremdung unserer Stadtviertel durch Afrikaner, Türken, Araber und sonstige kulturfremde Ausländer. Berlin sollte uns Potsdamern ein warnendes Beispiel sein.“²⁷

In einer weiteren Anfrage wurden die Kosten für den Bau einer Synagoge angefragt. Neben diesen Anfragen, in denen das Mandat dazu benutzt wurde, um fremdenfeindliche Stimmung zu machen, fallen die wenigen Anfragen, die sich um Sachpolitik – wie effektiver Winterdienst, Wartezeiten in Behörden, verschmutzte Sitze im Potsdamer ÖPNV und anderes – drehen, nicht mehr wirklich ins Gewicht. All diese Anfragen sind von der Stadtverwaltung kurz und präzise beantwortet worden. Die aus den Fragestellungen herauslesbaren Verallgemeinerungen („Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen sich ...“) und Unterstellungen sind, ohne näher darauf einzugehen, schon allein durch die Darstellung von Fakten zurückgewiesen worden.

Kreistag Elbe-Elster

Auf unsere Nachfrage bei verschiedenen Bürgern aus dem Landkreis Elbe-Elster, was denn die DVU im Kreistag tut, kam immer wieder die Antwort: „Die machen eigentlich nichts!“

Im Kreistag sitzen aber zwei Abgeordnete, die bei dem wenigen Personal, das die DVU in Brandenburg zu bieten hat, nicht ganz unbedeutend sein dürften: Bernd Jugendheimer, Vorsitzender des DVU-Kreisverbandes Elbe-Elster und Kandidat auf der Landesliste der DVU zur Landtagswahl 2009 auf Platz 13, und Norbert Schulze, inzwischen stellvertretender Landsvorsitzender und Vorsitzender des DVU-Kreisverbandes Oberspreewald-Lausitz, bis zur Abwahl im September 2009 Mitglied der DVU-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und auf der Landesliste Platz 3.

Da die DVU bei der Kommunalwahl am 27. September 2008 im Landkreis Elbe-Elster 5,1% der Stimmen erreicht hatte, konnte sie mit einem weiteren Abgeordneten, Michael Witschel, in den Kreistag einziehen.²⁸ Sie ist nunmehr sogar mit drei Abgeordneten vertreten.

²⁷ <http://www.dvu-potsdam.de/> [zuletzt aufgerufen am 15.10.2009, nicht mehr verfügbar].

²⁸ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht B VII 3 – 4 – 5j/08. Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 28.9.2008. Potsdam 2008, S. 55, http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/Stat_Berichte/2008/SB_B7-3-4_j05-08_BB.pdf [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

Betrachtet man die Anfragen, die Bernd Jugendheimer und Norbert Schulze in der Wahlperiode 2003-2008 gestellt haben, so zielten fast alle auf Themen, die zu dieser Zeit für den Landkreis relativ aktuell waren: Ärztemangel, Gesundheitsbericht, Gemeindefinanzierung, Vogelgrippe, Tourismuskonzept, Leistungs- und Begabtenklassen, demographischer Wandel, Straßenbaufragen und anderes. Auch Anfragen zur Zahl der Asylbewerber²⁹ oder zum Asylbewerberleistungsgesetz³⁰ wurden ohne erkennbare Demagogie vorgetragen.

Anders sah es aus beim Änderungsantrag der DVU-Fraktion in der 10. Sitzung des Kreistages am 28. Februar 2005. Ursprünglich hatte die PDS-Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Der Kreistag beschließt, seine 11. Sitzung am 18. April 2005 mit einer Feierstunde anlässlich des bevorstehenden 60. Jahrestages der Befreiung zu beginnen.“³¹

Der Änderungsantrag der DVU-Fraktion dagegen lautete:

„Der Kreistag beschließt, seine 11. Sitzung am 18. April 2005 mit einer Feierstunde zum Gedenken an alle Opfer von Krieg und Vertreibung anlässlich des bevorstehenden 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu beginnen.“³²

In der Formulierung der Begründung wird deutlich, worauf der Schwerpunkt des Gedenkens an die Opfer eigentlich gelegt werden sollte. Darin heißt es:

„Am 8. Mai jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands. Dieser Tag war zweifellos für viele Menschen ein Tag der Befreiung, insbesondere für ehemalige Häftlinge deutscher Konzentrationslager, alliierter Kriegsgefangener oder auch Zwangsarbeiter aus besetzten Ländern. Der 8. Mai 1945 war aber für große Teile des deutschen Volkes auch ein Tag des Elends, der Qual und der Trauer. Denn für Millionen von Deutschen, welche Opfer der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, Opfer alliierter Lager in Ost- und West wurden oder als Kriegsgefangene oder Verschleppte oft jahrelang fern der Heimat als Zwangsarbeiter gequält und vielfach getötet wurden, begann eine Zeit der Hölle auf Erden.“

²⁹ Niederschrift der 2. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster vom 15.12.2003.

³⁰ Niederschrift der 5. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster vom 21.6.2004.

³¹ Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster vom 28.2.2005.

³² Niederschrift der 5. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster vom 18.4.2005.

Im Weiteren sollte auch noch der Opfer der kommunistischen Diktatur in der DDR gedacht werden. Mehrere Abgeordnete aus anderen Fraktionen äußerten sich dazu. Hier ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung:

„Herr Kestin³³ äußert sich bestürzt, dass den Kreistag Elbe-Elster die Dinge von Dresden eingeholt haben. Er lehnt den Antrag der DVU-Fraktion öffentlich ab.“³⁴

Auch der Vorsitzende der PDS-Fraktion, Helmut Andrack, betonte, dass mit der Feierstunde der gemeinsame Wille dokumentiert wird, sich rechtem Gedankengut und Tun entgegenzustellen. Der SPD-Abgeordnete Leißner ergänzte:

„(...) Denn wir sollten deutlich machen, dass im Elbe-Elster Kreis und in diesem Kreistag rechtes Gedankengut keinen Platz hat.“³⁵

Die von der DVU-Fraktion beantragte geheime Abstimmung ergab am Ende 34 Gegenstimmen und sieben Ja-Stimmen – vier Stimmen mehr, als die DVU-Fraktion zu bieten hat. Dies hat auch bei anderen Fraktionen für Beunruhigung und Diskussionen gesorgt.³⁶

Ähnlich wie bei den hier zitierten Abgeordneten fällt auch die Bewertung der DVU durch den brandenburgischen Verfassungsschutz aus:

„Die Partei vertritt häufig unterschwellig, teilweise aber auch kaum verhohlen, ein für Rechtsextremisten typisches Gemisch von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, und Rassismus. In geschichtsklitternder Weise wird eine Umdeutung der deutschen Geschichte versucht, dabei werden die vom nationalsozialistischen Deutschland verübten Verbrechen verharmlost oder gar in Frage gestellt.“³⁷

In der Arbeit der DVU-Abgeordneten im Kreistag Elbe-Elster zeigt sich sehr deutlich der Spagat, den beide versuchen und der zur Strategie der DVU gehört. Auf Landesebene gestalten und vertreten Norbert Schulze und Bernd Jugendheimer die rechtsextreme Ideologie der DVU als Partei mit. Vor Ort

³³ Fraktionsvorsitzender der Wählergemeinschaft Landwirtschaft, Umwelt, Natur (WGLUN).

³⁴ Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster 28.2.2005.

³⁵ Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Elbe-Elster 28.2.2005.

³⁶ Simone Wendler: Die rechtsextreme DVU und der 8.Mai. In: Lausitzer Rundschau, 18.4.2005, S.3.

³⁷ Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, a.a.O., S.40.

sollen die Leute sie aber nicht mit dieser Ideologie, sondern als Kümmerer um die Probleme der Menschen wahrnehmen.

Auch die Nähe zur NPD wird bei einzelnen Aktionen deutlich. Im November 2008 war es für den Abgeordneten Bernd Jugendheimer jedenfalls kein Problem, in Gröden (Elbe-Elster) und in Dörfern im angrenzenden Sachsen gemeinsam mit führenden NPD-Mitgliedern aus Sachsen und Brandenburg zum Volkstrauertag Kränze niederzulegen, jedenfalls wenn man den Veröffentlichungen des NPD Kreisverbandes Meißen glauben darf.

„Fortgesetzt wurde diese fruchtbare Kooperation am zurückliegenden Volkstrauertrag, als 34 nationalgesinnte Sachsen und Brandenburger gemeinsam der Kriegstoten der deutschen Nation gedachten. Prominente Teilnehmer waren der DVU-Kreistagsabgeordnete aus dem Elbe-Elster-Kreis, Bernd Jugendheimer, der Meißener NPD-Kreistagsabgeordnete Jan Szabo sowie der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Sachsen, Daniel Sommer. Gemeinsam legten sie Gedenkränze in Gröden, Lichtensee, Wülknitz, Gröditz, Spansberg und Stolzenhain nieder. NPD-Kreisverband Meißen“³⁸

Wie sich diese „fruchtbare“ Kooperation nach dem Bruch des Deutschlandpaktes durch die NPD vor der Landtagswahl 2009 weiter entwickeln und welchen Weg die DVU in Brandenburg einschlagen wird, bleibt abzuwarten. Auch wenn viele Anzeichen dafür sprechen, dass die DVU als Partei ihre einflussreichsten Tage gesehen haben dürfte, sollte dennoch das Wirken der Abgeordneten vor Ort im Auge behalten und die Auseinandersetzung mit der durch die DVU vertretenen Ideologie nicht vernachlässigt werden.

Die NPD in Brandenburg

Die NPD wurde 1964 gegründet und hat seitdem viele Höhen und Tiefen durchlebt. Seit 1996 wird sie von Udo Voigt geführt. Unter Voigt gelang der NPD der Wiederaufstieg.³⁹ Er formte die Partei zu einem deutlich verjüngten Apparat um. Momentan zählt die NPD laut Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit ca. 7.000 Mitglieder, etwa 500 Mitglieder mehr, als die DVU aufweisen kann. Sie sitzt in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag, wobei sie in Sachsen bei der Wahl im August 2009 nur sehr knapp

³⁸ <http://www.npd-riesa-grossenhain.de/Seiten/archiv/08/12/6.html> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

³⁹ Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.* Köln 2005, S. 19ff.

mit 5,6% den Wiedereinzug in den Landtag schaffte.⁴⁰ Das Presseorgan der NPD ist die „Deutsche Stimme“ mit ihrem Verlag in Riesa.

Die Partei selbst verfügt über mehrere Unterorganisationen. Dies sind die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), der Ring nationaler Frauen (RNF) und der Nationaldemokratische Hochschulbund e.V. (NHB). Auch in Brandenburg sind diese Organisationen mal mehr und mal weniger aktiv. Anfang 2008 veranstaltete der RNF ein Regionaltreffen in Brandenburg. Vom NHB ist in Brandenburg noch nicht wirklich etwas sichtbar geworden.

Auch Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs sind in diesen Unterorganisationen tätig. Manuela Kokott, Kreistagsabgeordnete im Landkreis Oder-Spree, und Stella Hähnel aus der Gemeinde Am Mellensee in Teltow-Fläming engagieren sich im Ring nationaler Frauen.⁴¹ Frau Hähnel fungiert als stellvertretende Bundesvorsitzende dieses Verbandes „nationaler Frauen“. Ein weiteres Vorstandsmitglied ist die gelernte Kinderkrankenschwester Antje Kottusch aus Woltersdorf.⁴²

Betrachtet man den Bundesvorstand der NPD, trifft man dort auch auf Brandenburger Gesichter. Klaus Beier, der NPD-Landesvorsitzende in Brandenburg, ist gleichzeitig Bundesgeschäftsführer und Pressesprecher der Bundespartei⁴³ – also ein Mann, der mitmischt in der NPD-Spitze. Jörg Hähnel, der Ehemann von Stella Hähnel, übt ebenfalls eine Funktion im Bundesvorstand aus. Er ist zuständig für das Amt für Öffentlichkeitsarbeit und ist gleichzeitig Landesvorsitzender der Berliner NPD.⁴⁴ Viele Aktivisten der NPD haben mehrere Ämter inne – dies zeigt, über wie wenig qualifiziertes Personal die Partei tatsächlich verfügt.

Die KPV ist – laut Eigenbeschreibung – der Zusammenschluss aller kommunaler Repräsentanten der Partei und darüberhinaus auch anderer „nationaler Mandatsträger“.⁴⁵ Es könnte also durchaus sein, dass auch Abgeordnete der DVU die Unterstützung der Vereinigung nutzen.

⁴⁰ <http://www.freistaat.sachsen.de/wahlen.htm> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁴¹ http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=7&Itemid=74 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁴² <http://www.bnr.de/content/npd-frauen-mit-neuem-vorstand> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁴³ <http://www.brandenburg-waehlt.de/kandidaten/spitzenkandidat/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁴⁴ <http://www.npd.de/html/241/personenprofil/detail/63/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁴⁵ http://www.kpv-mpd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1 [zuletzt aufgerufen 20.10.2009].

Die KPV will die Abgeordneten bei der Ausübung ihrer Mandate unterstützen und Kandidaten auf einen möglichen Antritt bei Wahlen vorbereiten. Sie sorgt für einen regelmäßigen Austausch unter den Mandatsträgern, dokumentiert Erfahrungen, die sie im Rahmen ihrer Arbeit gemacht haben, und schult die Abgeordneten zu allgemeinen und speziellen Themen der Kommunalpolitik. Außerdem erledigt sie die Zusammenführung und Dokumentation bereits erfolgter Aktivitäten von kommunalen Mandatsträgern der NPD zum Zweck der arbeitssparenden Übernahme in die eigene Arbeit. Vorsitzender der KPV ist Hartmut Krien, seit 2004 Stadtrat in Dresden und Mitarbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag.⁴⁶ Als Beisitzerin wurde unter anderem die Brandenburgerin Lore Lierse gewählt, NPD-Gemeindevertreterin im Mühlenbecker Land (Oberhavel). Sie fungierte in der KPV als Organisationsbeauftragte für die Kreistagswahl in Brandenburg.⁴⁷

Die JN verstehen sich als Jugendorganisation der NPD und fungieren oft auch als Bindeglied zu den sogenannten Freien Kräften im Land. Sie sorgt für den Nachwuchs der Partei. Bundesvorsitzender der JN ist Michael Schäfer aus Sachsen-Anhalt. Es ist davon auszugehen, dass insgesamt ca. 400 Personen bundesweit Mitglied in dieser Organisation sind.⁴⁸ Der brandenburgische Verfassungsschutz geht von einer Mitgliederzahl von etwa 50 Personen in Brandenburg aus. Auf den Internetseiten der JN findet man unter anderem diese Selbstbeschreibung:

„Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivisten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird. Wir begnügen uns nicht mit einem Dasein im Schatten unserer Mutterpartei, sondern entwickeln vielmehr als revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen. Den Schwerpunkt unseres politischen Kampfes sehen wir in der Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im gemeinschaftlichen Wirken unserer Kameradinnen und Kameraden versuchen wir dort, unsere politischen Vorstellungen in weite Kreise der deutschen Jugend zu tragen.“⁴⁹

⁴⁶ <http://www.npd.de/html/581/> [zuletzt aufgerufen am 26.10.2009].

⁴⁷ http://www.kpv-npd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=16 [zuletzt aufgerufen 20.10.2009].

⁴⁸ Bundesministerium des Inneren (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009.

⁴⁹ http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=26 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

Vor Ort in den Städten und Dörfern verschwimmen oft die Abgrenzungen zwischen JN und Freien Kräften. Oft agieren die jungen rechtsextremen Aktivisten auch in zusammenhängenden Gruppen bzw. losen Zusammenhängen gemeinsam. Für durchschnittlich informierte Bürger ist es schwer zu erkennen, welchen einzelnen Gruppierungen die rechtsextrem auffallenden Jugendlichen an der Ecke oder auf dem Dorfplatz angehören. Beschäftigt man sich genauer mit der lokalen oder regionalen rechtsextremen Szene und achtet auf ihre Vernetzung, wird oft deutlicher, wo entsprechende Jugendliche einzuordnen sind.

Die Jungen Nationaldemokraten betreiben in Brandenburg insgesamt vier sogenannte Stützpunkte: Lausitz, Potsdam, Oranienburg und Oderland. Viele der heutigen JN-Mitglieder standen früher bzw. vor ihrer Mitgliedschaft den Freien Kräften nahe.

Wenden wir nun wieder den Blick auf die Mutterpartei, die NPD in Brandenburg. Die NPD ist seit der Wende in Brandenburg aktiv und gründete 1991 den Landesverband Berlin-Brandenburg. Aufgrund einer erhöhten Mitgliederzahl in Brandenburg wurde 2003 ein eigener Landesverband Brandenburg begründet. Er hat seinen Sitz in Birkenwerder. Als Landesvorsitzender fungiert derzeit Klaus Beier. Wie bereits oben erwähnt, ist er gleichzeitig Bundesgeschäftsführer und Pressesprecher der NPD. Er ist ebenfalls kommunalpolitisch als Kreistagsabgeordneter im Landkreis Oder-Spree tätig. Sein Stellvertreter ist der junge Ronny Zasowk aus Cottbus.

Die NPD zählt derzeit in Brandenburg ca. 300 Mitglieder, wobei die Mitgliederzahl seit 2004 steigend ist. Die Mitglieder sind in acht Kreisverbänden⁵⁰ in ganz Brandenburg organisiert. Zusätzlich existieren nach NPD-eigener Darstellung zwei Stadtverbände, fünf Ortsbereiche und zwei Stützpunkte in den Regionen.⁵¹ Man muss davon ausgehen, dass die NPD auch 2009 ihre Strukturen an der Basis weiter ausbauen konnte.

Im Jahr 2009 zeigte die NPD auf ihre Art Selbstbewusstsein und wurde vertragsbrüchig; sie kündigte einseitig den mit der DVU geschlossenen Deutschlandpakt und trat ebenfalls zur Landtagswahl in Brandenburg an. Ob mit oder ohne Deutschlandpakt – die Wähler haben beide rechtsextreme Parteien unterhalb der 5-Prozent-Hürde gehalten.

Auf den ersten Blick ist dies eine positive Sache. Betrachtet man sich aber genauer, wie die NPD zur Landtagswahl angetreten ist, so zeigt sich: Die Partei sollte nicht unterschätzt werden. Innerhalb kürzester Zeit hat die NPD Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt und trat in 37 von 44 Wahlkrei-

⁵⁰ http://brandenburg.npd.de/?page_id=36 [zuletzt aufgerufen am 5.11.2009] und <http://brandenburg.npd.de/?p=165> [zuletzt aufgerufen am 5.11.2009].

⁵¹ http://brandenburg.npd.de/?page_id=36 [zuletzt aufgerufen am 5.11.2009].

sen mit Direktkandidaten an. Ursprünglich hatte sich der Landesvorstand zum Ziel gesetzt, wegen der kurzen Vorbereitungsphase nur in 50% der Wahlkreise anzutreten. Dieses Ziel wurde weit überboten. Die NPD trat letztendlich in 85% der Wahlkreise in Brandenburg an.⁵² Innerhalb von 30 Tagen hatte die NPD auch die nötigen Unterstützungsunterschriften zusammen.

Für den Wahlkampf zur Landtagswahl hatte die NPD eine zusätzliche Internetseite geschaltet. Auf dieser Seite wurden die Kandidaten recht fein und bürgerlich dargestellt und auch das Wahlprogramm vermarktet.⁵³ Eine Lawine von NPD-Plakaten überflutete das Land. Die Brandenburger NPD wurde dabei von anderen NPD-Landesverbänden unterstützt. Das Ergebnis: die NPD hatte ein Wahlergebnis von 2,5% bei der Landtagswahl in Brandenburg.⁵⁴

Der innerparteiliche Zusammenhalt in der NPD ist hoch – unabhängig davon, ob er auf Überzeugung, auf Druck und Angst oder auf wirkliche Kameradschaft zurückgeht. Man sollte die NPD deshalb nicht unterschätzen. Sie wird verstärkt daran arbeiten, ihre Basis weiter auszubauen.

Die NPD lässt sich Zeit. Sie möchte sich eine starke Basis und eine Verankerung in den Orten schaffen. Diese Arbeit setzt sie weiter fort. Auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2008 sind ein Indiz dafür, dass sie auch in Brandenburg nicht ganz erfolglos ist.

Die Menschen vor Ort in den Regionen, in den Städten und Dörfern Brandenburgs müssen entscheiden, ob sie mit solch einer Partei leben und arbeiten können. Etwas plakativ gesagt, ist es die Entscheidung jedes Einzelnen zwischen individueller Freiheit, Toleranz untereinander und Achtung der Vielfalt auf der einen oder Einpassung in die Volksgemeinschaft, Angst und Gleichschaltung auf der anderen Seite.

Die NPD in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen

Bei den Kommunalwahlen 2008 konnte die NPD 16 Mandate in sechs Kreistagen und der kreisfreien Stadt Cottbus erringen. Nach der Landtagswahl 2009 ist ein weiteres Mandat hinzugekommen und eines verloren gegangen. Der ehemalige DVU-Abgeordnete Marcel Guse aus der Stadtverordnetenversammlung Potsdam ist nach der Wahlniederlage der DVU zur NPD übergetreten, da er sich keine Chancen mehr für die DVU ausrechnet. Der NPD-Abgeordnete im Kreistag Uckermark, Andy Kucharzewsky, ist im November

⁵² <http://www.npd-hessen.de/index.php/id/1485/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009]

⁵³ <http://www.brandenburg-waehlt.de/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁵⁴ http://www.forschungsgruppewahlen.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Brandenburg/ [zuletzt aufgerufen am 13.10.2009].

Landkreise und kreisfreie Städte	Prozent für die NPD	Anzahl der Mandate	Personen
Cottbus	2,95%	2	Frank Hübner (geb.1966), Bürokaufmann Ronny Zasowk (geb. 1986), Student ⁵⁵
Spree-Neiße	4,0%	2	Markus Noack (geb.1989), Auszubildender Karsten Schulz (geb.1981), Maurer ⁵⁶
Oberhavel	4,3%	2	Detlef Appel (geb. 1955), Kaufmann Axel Dreier (geb. 1963), Polier ⁵⁷
Oder-Spree	4,5%	3	Klaus Beier (geb.1966), NPD-Bundesgeschäftsführer Manuela Kokott (geb. 1968), Steuerfachangestellte Lars Bayer (geb. 1969), Technischer Angestellter ⁵⁸
Uckermark	4,0%	2 (aktuell nur noch 1)	Irgard Hack (geb.1936), Krankenschwester/ Gemeindefschwester i.R. Andy Kucharzewsky (geb.1986), Fachkraft für Abfallwirtschaft, ⁵⁹ im November 2009 aus der NPD ausgetreten, aber weiterhin Kreistagsmitglied
Dahme-Spreewald	4,6%	3	Frank Knuffke (geb.1966), selbstständiger Kfz-Meister Gerd Müller (geb.1940), Rentner Sven Gunnar Haverlandt (geb.1979), Informatiker
Havelland	4,0%	2	Dieter Brose (geb.1943), Betriebswirt Maik Schneider (geb.1987), Industriemechaniker ⁶⁰

Tabelle 2: Kommunalwahl 2008 im Land Brandenburg, Ergebnisse für die NPD. Gemäß dem Stand nach der Kommunalwahl ist der Abgeordnete Guse bei der DVU (Tabelle 1) aufgeführt.

⁵⁵ Amtliche Bekanntmachung der endgültigen Wahlergebnisse der Kommunalwahl 2008. In: Amtsblatt für die Stadt Cottbus, Jg. 18, H. 11, 11.10.2008, S. 1-4; Wahl der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ortsbeiräte in der Stadt Cottbus. In: Amtsblatt für die Stadt Cottbus, Jg. 18, H. 10, 20.9.2008, S. 1-2.

⁵⁶ <http://www.lkspn.de/wahlen2008/160765.html> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁵⁷ <http://wahl.oberhavel.de/KT/2008/wahl.html> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁵⁸ Bekanntmachungen des Kreiswahlleiters zur Kommunalwahl 2008. In: Amtsblatt für den Landkreis Oder-Spree, Jg. 15, H.13, 17.10.2008, S.2-9.

⁵⁹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, a.a.O.

⁶⁰ Öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl des Kreistages des Landkreises Havelland am 28.9.2008. In: Amtsblatt des Landkreises Havelland, Jg. 15, H. 11, 3.9.2008, S.186; Öffentliche Bekanntmachung des endgültigen Ergebnisses der Wahl des Kreistages des Landkreises Havelland am 28. September 2008. In: Amtsblatt des Landkreises Havelland, Jg. 15, H. 12, 9.10.2008, S.201-211.

2009 aus der NPD ausgetreten.⁶¹ Somit verfügt die NPD aktuell über 16 Mandate in sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten in Brandenburg.

Die Arbeit der NPD bezüglich der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen ist anders angelegt als die der DVU. Die NPD versucht gezielt, die in Sachsen getestete und einigermaßen erfolgreiche Strategie der kommunalen Verankerung zu verfolgen. Diese soll die NPD über die Kreistage und Gemeindevertretungen, über Normalisierung und Gewöhnung hin zu ihrem Ziel Landtag und Bundestag führen. Über diese Schiene will die NPD einen Umbau der Gesellschaft nach ihren rassistischen und autoritären Vorstellungen erreichen und am Ende die parlamentarische Demokratie abschaffen.

Die KPV der NPD sorgt für eine rege Vernetzung unter den Mandatsträgern. Verfolgt man in den verschiedenen Regionen und Bundesländern die Anfrage- und Antragsstellung der NPD in den verschiedenen Parlamenten und Vertretungen, so wird ganz schnell deutlich, dass Anträge und Anfragen teilweise hin und her geschoben werden. Sie werden mal hier und mal da gestellt. Das hat den Vorteil, dass sich Mandatsträger vor Ort nicht immer die Mühe machen müssen, eigene Anträge zu entwickeln oder eigene Anfragen auszuarbeiten.

Die NPD testet in diesem Zusammenhang auch, wie unterschiedlich Verwaltungen und Vertretungen auf ihre Anträge und Anfragen reagieren, und kann so einen direkten Vergleich ermöglichen. Die KPV dokumentiert die verschiedenen Erfahrungen der NPD-Abgeordneten und sorgt für eine Qualifizierung der Mandatsträger. Dies versteht sie unter einer „Zusammenführung und Dokumentation bereits erfolgter Aktivitäten von kommunalen Mandatsträgern der NPD zum Zweck der arbeitssparenden Übernahme in die eigene Arbeit“.⁶²

Anders als bei der DVU wollen wir hier bei der NPD eher beispielhaft das Vorgehen der Partei nachvollziehbar machen und einen Überblick verschaffen. Eine Auflistung aller kommunalpolitischen Aktivitäten der NPD-Abgeordneten würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Die „Nachnutzung“ von Anfragen und Anträgen

Schauen wir uns an, wie Anfragen und Anträge in der NPD „nachgenutzt“ werden. Da gibt es zum Beispiel eine Anfrage zu den „Kosten für polnische und tschechische Einwanderung“. Die Anfrage umfasst 27 Einzelfragen zu Einwanderungsdaten, Abstammungsfragen, Höhe von Sozialleistungen,

⁶¹ http://www.gegenrede.info/news/2009/lesen.php?datei=091214_01 [zuletzt aufgerufen am 15.12.2009].

⁶² http://www.kpv-npd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1 [zuletzt aufgerufen am 20.10.2009].

Haupt- und Nebenwohnsitzen, Arbeitsvermittlungen und zu vielen anderen Daten mehr.

In Brandenburg wurde die Anfrage zuerst am 19. Februar 2009 von dem Politikwissenschaftsstudenten und nunmehr stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Ronny Zasowk in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus gestellt.⁶³ Die Anfrage stammt im Original aus dem Kreistag von Görlitz in Sachsen. Dort wurde sie unter der Überschrift „Hartz IV-Einwanderung aus Polen“ mit sage und schreibe 106 Einzelfragen am 30. Januar 2009 gestellt.⁶⁴ Als nächstes tauchte die Anfrage am 24. Februar 2009 im Kreistag Spree-Neiße⁶⁵ auf, ehe sie am 17. April 2009 im Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald⁶⁶ nachgenutzt wurde.

Inhaltliche Antworten konnte die NPD auf diese Anfrage nicht wirklich erwarten. In Cottbus wurde die Anfrage mit Hinweis auf die Kommunalverfassung und die Geschäftsordnung nicht zur Beantwortung zugelassen. Ebenso wurde im Kreistag Spree-Neiße mit Hinweis auf die fehlende Zuständigkeit des Landkreises die Zulassung zur Beantwortung abgelehnt.

Eifrig im Nachnutzen von Anfragen aus dem Kreistag Görlitz war die NPD im Kreistag Dahme-Spreewald auch an anderen Stellen: Am 15. März 2009 stellte sie eine „Anfrage zur Mittelbrandenburgischen Sparkasse“. Die Anfrage befasste sich damit, für welche Parteien und politischen Vereinigungen die Sparkasse Konten führt und wem die Kontoeröffnung verweigert wurde. Sie wurde ursprünglich als Anfrage „Kontenführung durch die Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien“ am 26. Januar 2009 im Kreistag Görlitz gestellt. Außerdem gab es zwei Anfragen zum Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ vom 17. April 2009, die ursprünglich am 19. Februar 2009 im Kreistag Görlitz gestellt worden waren.⁶⁷

Ebenso gut funktionierte die Weitergabe von Anfragen und Anträgen zwischen den NPD-Stadtverordneten von Cottbus und den Kollegen in den Kreistagen von Spree-Neiße und Dahme-Spreewald bei der „Anfrage zu den

⁶³ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=i3ywDC5S8g2leSchq5tclQ&G_ID=0:Anfrage:3121 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁶⁴ <http://web16.server004.boxfix.de/kreistag/seite/datensatz/51.html> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁶⁵ Quelle: Büro des Kreistages Spree-Neiße.

⁶⁶ http://www.npd-dahmeland.de/runterladen/kreistag/anfragen/2009-04/Anfrage_Kosten_Einwanderung.pdf [zuletzt aufgerufen am 27.9.2009].

⁶⁷ http://www.npd-dahmeland.de/runterladen/kreistag/anfragen/2009-04/Vielfalt_tut_Gut_I.pdf; http://www.npd-dahmeland.de/runterladen/kreistag/anfragen/2009-04/Vielfalt_tut_Gut_II.pdf [zuletzt aufgerufen am 27.9.2009]; <http://web16.server004.boxfix.de/kreistag/seite/datensatz/72.html>; <http://web16.server004.boxfix.de/kreistag/seite/datensatz/59.html> [zuletzt aufgerufen am 27.9.2009].

Jugendeinrichtungen“⁶⁸ in Trägerschaft der Kommune bzw. der Landkreise und den Bestrebungen der Landkreise, Jugendlichen kulturelle Werte bzw. regionale Brauchtümer nahe zu bringen (SVV Cottbus 22. Januar 2009, Kreistag Dahme-Spreewald 15. März 2009). Ebenso machte der „Antrag zur Verwendung der deutschen Sprache“⁶⁹ in allen Beschlüssen usw. die Runde (SVV Cottbus am 15. April 2009, Kreistag Dahme-Spreewald 29. April 2009, Kreistag Spree-Neiße 28. Mai 2009). Wie mechanisch andernorts formulierte Anträge übernommen werden zeigt sich daran, dass man in die Stadtverordnetenversammlung Cottbus einen Antrag mit der fehlerhaften Formulierung einbrachte: „Der Kreistag und seine Vertreter haben Vorbildwirkung auf die Jugend.“

Die Reihenfolge kann wechseln: Die „Anfrage zu Cross-Boarder-Leasing-Verträgen“⁷⁰ wurde zuerst im Kreistag Dahme-Spreewald (22. November 2008) und dann erst in der SVV von Cottbus (17. März 2009) gestellt.

Gut nachvollziehen kann man die Zusammenarbeit der NPD-Abgeordneten – wahrscheinlich über die KPV – auch bei der einzigen im Kreistag Spree-Neiße zur Beantwortung zugelassenen Anfrage der NPD zu „Widerspruchsverfahren gegen Bescheide über ALG II im Landkreis“⁷¹ vom 25. Februar 2009. Diese Anfrage hatte der NPD-Landesvorsitzende Klaus Beier als Abgeordneter der damaligen NPD-Fraktion im Kreistag Oder-Spree am 10. Juni 2008 schon einmal gestellt und auch eine Antwort erhalten.⁷²

Schaut man genau hin, so sieht man, dass allein im Kreistag Dahme-Spreewald von den zehn gestellten Anfragen nur ganze vier aus der eigenen Feder der NPD-Abgeordneten vor Ort stammen und der einzige gestellte Antrag zur Verwendung der deutschen Sprache aus Cottbus kam. Dies muss man den vielen vollmundigen Berichten zur Auswertung der Kreistagssitzungen, wie sie zum Beispiel auf der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Dahme-land zu finden sind, gegenüberstellen, um ein reales Bild zu behalten.⁷³

Aber selbst der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Klaus Beier nutzt gern die Vorarbeit anderer. In der vorhergehenden Wahlperiode stellte er für die NPD im Kreistag Oder-Spree am 4. Juni 2008 den Antrag, eine Aktion

⁶⁸ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=i3ywDC5S8g2leSchq5tclQ&G_ID=0:Anfrage:3120 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁶⁹ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=4aijmFa6xT2MpmmlauSeQA&G_ID=0:Antrag:2129 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁷⁰ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=i3ywDC5S8g2leSchq5tclQ&G_ID=0:Anfrage:3126 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁷¹ Quelle: Kreistagsbüro Spree-Neiße.

⁷² http://www.npd-oderland.de/html/2008_7.html [zuletzt aufgerufen am 23.9.2009].

⁷³ Zum Beispiel <http://www.npd-dahmeland.de/kreistagssitzung-vom-7-10-2009/> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

„Roter Stolperstein gegen das Vergessen“⁷⁴ in der Kreisstadt Beeskow durchzuführen. Dieser Antrag war komplett vom Antrag der NPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg in Berlin abgeschrieben worden, der dort von Jörg Hähnel am 24. April 2008 als Drucksache DS/0834/VI eingebracht worden war. Der Kreistag Oder-Spree lehnte den Antrag ab, weil er einen unzulässigen Eingriff in die Hoheitsrechte der Stadt Beeskow bedeutet hätte.

Spannend wäre, noch einmal genau zu analysieren, ob manche Anfragen eine noch weitere Reise hinter sich haben und wer sie letztendlich wirklich geschrieben hat. Aber das würde an dieser Stelle zu weit führen.

Ziele der NPD-Abgeordneten in den Kommunalen Vertretungen

Man würde in der Analyse viel zu kurz greifen, wenn man das Agieren der NPD-Abgeordneten nur auf das Nachnutzen von Initiativen reduzieren würde. Man muss sich immer wieder klar machen, dass es ganz bestimmte Zielrichtungen für Initiativen der NPD in den kommunalen Vertretungen gibt. Versucht man, diese verschiedenen Zielrichtungen herauszuarbeiten, kristallisieren sich mindestens drei verschiedene Punkte heraus.⁷⁵

Eine Zielrichtung ist das Verbreiten von Inhalten rechtsextremer Ideologie. Rechtsextreme Abgeordnete haben viele Bestandteile des Rechtsextremismus verinnerlicht, wie: Befürwortung einer rechts-autoritären Diktatur, Glaube an die Überlegenheit der eigenen „Rasse“ und damit einhergehende Angst vor deren Untergang oder auch nur Vermischung mit anderen „Rassen“, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder Verharmlosung des Nationalsozialismus. Wenn man sich die Themen der Anfragen und Anträge genauer anschaut, findet sich vieles, was sich auf diese ideologischen Grundlagen zurückführen lässt.

Unter das Verbreiten von Inhalten rechtsextremer Ideologie fällt zum Beispiel manches im Handeln der NPD-Abgeordneten im Kreistag Oder-Spree. Dort sitzt die NPD schon seit der Wahlperiode 2003-2008. Zuerst waren es zwei Abgeordnete, seit der Kommunalwahl 2008 sind es drei Abgeordnete. Einer davon ist eben Klaus Beier, der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Brandenburg.

In der Zeit von 2003 bis 2008 hatte die NPD Fraktionsstatus und stellte schriftlich ca. 16 Anfragen und ca. zehn Anträge, wobei sie in den Jahren

⁷⁴ http://www.npd-oderland.de/html/2008_9.html [zuletzt aufgerufen am 23.9.2009].

⁷⁵ Wir folgen bei unserer Einteilung den Ausführungen von Toralf Staud: Die NPD in den Kommunalparlamenten: Was tun? Und wie kann man ihnen begegnen? In: Dietmar Molthagen u. a. (Hg.): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Bonn 2008, S. 235.

2004-2006 nur langsam in Fahrt kam. Schaut man sich die Themen der Anfragen und Anträge näher an, versuchten die NPD-Abgeordneten anfangs sehr offensiv, ihre rechtsextreme Ideologie zu vertreten und die Abgeordneten der demokratischen Parteien damit zu provozieren. Dabei drehten sich einzelne Anträge immer wieder darum, das Gedenken an die Verfolgten und Opfer des Naziregimes zu verhindern oder mit der Vertreibung der Deutschen gleichzusetzen.⁷⁶ Diese Anträge wurden im Kreistag sofort abgelehnt.

Im Jahr 2006 gab es eine besonders perfide Aktion. Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises hatte zu einem Wochenende für dunkelhäutige Jugendliche mit eingeladen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich kennenzulernen und sich über spezielle Probleme ihrer Situation auszutauschen. Dieses Seminar wurde in einer Anfrage der NPD-Fraktion vom 15. März 2006 als eine überregionale rassistische und antideutsche Veranstaltung bewertet und in zehn Punkten angefragt. Die schriftliche Antwort des Landrates fiel kurz und knapp aus.

In diese Kategorie gehört auch der Antrag zur Änderung der Musikschulsatzung⁷⁷ vom 27. Juni 2007. Darin wurde beantragt, die Ermäßigung für Asylbewerber zu streichen, da diese keine Bürger des Landkreises sind. Außerdem seien hier die Anfrage vom 20. November 2007 in zehn Punkten zu den Asylbewerberheimen des Landkreises⁷⁸ und eine Anfrage vom 10. Juni 2008 zur Unterstützung des Festes der Demokratie durch den Landkreis genannt.⁷⁹

Die Liste der Anfragen zur Verbreitung rechtsextremer Ideologien lässt sich noch weiter fortsetzen, auch in anderen kommunalen Vertretungen gab es Anfragen und Anträge in diese Richtung. Im Kreistag Havelland zum Beispiel stellte der NPD-Abgeordnete Dieter Brose Anfragen zur „Rückführung von Asylbewerbern“, zu „Aufwendungen für Asylanten“ oder sogar einen „Antrag zur Bestellung eines Rückführungs- statt einer Integrationsbeauftragten“.⁸⁰

⁷⁶ Antrag der NPD-Fraktion zur Änderung der Tagesordnung vom 27.1.2004, das Gedenken an die Verfolgten und Opfer des Naziregimes von der Tagesordnung zu streichen; Antrag der NPD-Fraktion vom 26.4.2005 zur Änderung der Tagesordnung, den TOP „Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis LOS und dem Landkreis Slubice“ abzusetzen.

⁷⁷ http://www.npd-oderland.de/html/2007_7.html [zuletzt aufgerufen am 23.9.2009].

⁷⁸ http://www.npd-oderland.de/html/2007_12.html [zuletzt aufgerufen am 23.9.2009].

⁷⁹ http://www.npd-oderland.de/html/2008_8.html [zuletzt aufgerufen am 23.9.2009].

⁸⁰ Anfragen 02/2008 vom 10.11.2008, Anfrage 04/2008 vom 30.12.2008, Kreistagsbüro Havelland; <http://www.npd-havel-nuthe.de/?p=396> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

Auch die NPD-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus, Frank Hübner und Ronny Zasowk, versuchten sich an der Verbreitung ihrer rückwärtsgewandten, ausländerfeindlichen und geschichtsklitternden Ideologie: Zusätzlich zu den schon oben beschriebenen nachgenutzten Anträgen beantragte Frank Hübner am 20. Januar 2009 – in zeitlicher Nähe zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, – am 15. Februar 2009 eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des „anglo-amerikanischen Bombenterror“ vor 64 Jahren abzuhalten.⁸¹ Beide NPD-Abgeordneten blieben bei der Gedenkminute der Stadtverordnetenversammlung für die Opfer auf ihren Plätzen sitzen und brüskierten damit die anderen Abgeordneten, die Gäste und die Öffentlichkeit.

Ronny Zasowk reichte am 17. März 2009 eine Anfrage zu den nicht-deutschen Studenten in Cottbus ein, deren Aufenthalt nach Abschluss des Studiums an der BTU einzudämmen sei⁸² oder am 19. Juni 2009 eine Anfrage zu den legalen oder illegalen Zuwanderern⁸³ in Cottbus.

In vielen kommunalen Vertretungen, in denen NPD-Abgeordnete sitzen, ging es auch immer wieder in Anfragen um die örtlichen Jugendeinrichtungen. Diese Initiativen haben fast immer den Hintergrund, als Partei endlich die Möglichkeit zu bekommen, „nationale Jugendzentren“ zu errichten, um rechtsextreme Ideologie direkt und offiziell unter die Jugendlichen bringen zu können.

Sich die ideologischen Grundlagen dieser Anfragen und Anträge immer wieder vor Augen zu führen und sich auch damit offensiv auseinanderzusetzen, ist eine Aufgabe, die vor den Abgeordneten der demokratischen Parteien über die ganze Wahlperiode hindurch steht.

Eine weitere Zielrichtung der NPD-Abgeordneten ist die bewusste Provokation der Öffentlichkeit. Meist sind schon die Anfragen, in denen rechtsextreme Ideologie verbreitet werden soll, Provokation für demokratische Abgeordnete. Sprache, Gestus beim Vortragen und Tenor der Initiativen lassen manchen sprachlos werden oder treiben anderen die Zornesröte auf die Wangen. Das wird bewusst betrieben. Ein Teil dieser Provokation richtet sich an die Öffentlichkeit.

Wesentlicher ist aber, dass rechtsextreme Abgeordnete auch ihrer eigenen Klientel zeigen müssen, wie sie die Ideologie vertreten. Oft sitzen die NPD-

⁸¹ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=4aiJmFa6xT2Mpm-lauSeQA&G_ID=0:Antrag:2122 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁸² http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=i3ywDC5S8g2leShq5tcLQ&G_ID=0:Anfrage:3125 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

⁸³ http://www.cottbus.de/opt/senator/abfrage/index.pl?G_CONTEXT=i3ywDC5S8g2leShq5tcLQ&G_ID=0:Anfrage:3135 [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

Anhänger bei den Gästen und bilden das eigentliche Publikum für die Auftritte rechtsextremer Abgeordneter. Diesen Anhängern müssen sie praktisch beweisen, wie sehr sie die „Systempolitiker“ – wie alle anderen, demokratisch gewählten Abgeordneten von NPD-Vertretern gern und häufig betitelt werden – bekämpfen und bloßstellen.

Daneben gibt es aber auch die kalkulierte, bewusste Provokation der kommunalen Gremien, ihrer Abgeordneten und der Öffentlichkeit. Darunter fällt zum Beispiel das Auftreten der NPD-Abgeordneten Irmgard Hack bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages Uckermark. In der ersten Sitzung fiel der 72-jährigen NPD-Abgeordneten das Amt der Ältesten zu und damit die Aufgabe, den Kreistag zu eröffnen. Dagegen gab es vor und in der Kreistagsitzung unter anderem vom Bürgerbündnis „Tolerante Uckermark“ erhebliche Proteste.⁸⁴ Die Vorschriften der Geschäftsordnung mussten jedoch eingehalten werden.

Bei der Erstellung des Textes für die Eröffnungsrede hatte Frau Hack offenbar Unterstützung von der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD, und auch Kameraden des NPD-Kreisverbandes Niederschlesien-Oberlausitz waren zur Unterstützung extra bis in die Uckermark gereist.⁸⁵ Ihr Versuch, die Eröffnungsrede propagandistisch auszunutzen, schlug jedoch dank der guten Vorbereitung durch den bisherigen Kreistagsvorsitzenden fehl.

Auch bei anderen konstituierenden oder normalen Sitzungen hat es ähnliche Provokationen gegeben. Manchmal waren diese bewusst propagandistisch, manchmal bestanden sie eben „nur“ in der Verletzung anerkannter Höflichkeitsregeln, wie dem Aufstehen bei Gedenkminuten. Diese Provokationen sollten von demokratischen Abgeordneten oder den Vorsitzenden der kommunalen Vertretungen immer und klar zurückgewiesen werden.

Das letzte Ziel rechtsextremer Vertreter ist der Versuch von Sachpolitik. Um eine kommunale Verankerung voranzutreiben und nach dem Vorbild der NPD in Sachsen erst auf kommunaler, dann auch auf Landesebene wählbar zu werden, muss sich die NPD mit Sachpolitik beschäftigen. Dies versuchen auch rechtsextreme Abgeordnete in den kommunalen Vertretungen in Brandenburg.

Im Kreistag Havelland betreibt das der NPD-Abgeordnete Dieter Brose mit Anfragen zu ganz unterschiedlichen Themen. Sie reichen von der Lage des Kulturzentrums, über die Wirtschaftsentwicklung des Landkreises bis zur regionalen Armut und anderen Problemen.

⁸⁴ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2264 [zuletzt aufgerufen am 29.9.2009].

⁸⁵ <http://www.npd-loebau-zittau.de/?p=1516> [zuletzt aufgerufen am 29.9.2009].

Auch Klaus Beier hat das in der vergangenen Wahlperiode im Kreistag Oder-Spree mit vielen Anfragen und Anträgen versucht. Die drei NPD-Abgeordneten im Kreistag Dahme-Spreewald versuchen, sich zumindest den Anschein zu geben, konkrete Sachanfragen zu stellen, auch wenn sie mehr Anfragen von anderen nachnutzen, als selbst etwas zu den tatsächlichen Gegebenheiten und Problemen im Landkreis zu entwickeln und zu formulieren.

Bis zum Juni 2009 hat auch der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lausitz, Ronny Zasowk, in der Stadtverordnetenversammlung von Cottbus Anfragen zu den unterschiedlichsten Themen gestellt. Da ging es zum Beispiel um die Zahl der Suizidfälle in Cottbus, die 1-Euro-Jobber-Beschäftigung (so die Formulierung in der Anfrage), die Bewirtschaftungskosten der Dienstwagen oder die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II.

Zum Teil fällt es beim Lesen und Beurteilen der Anfragen schwer, einen tatsächlich Bezug zu einem konkreten Anlass vor Ort herzustellen. Bei manchen Anfragen hat man auch den Eindruck, da werden „erstmal so“ Fragen gestellt.

Abgesehen davon sollte man sich vor Ort die Anfragen der NPD, die konkrete Bezüge zu örtlichen Problemlagen aufweisen, sehr genau anschauen. Die beste Art und Weise zu verhindern, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen nur bei der NPD wiederfinden, ist, sich als Abgeordnete demokratischer Parteien um deren Belange zu kümmern und sehr nah bei den Menschen und ihren Problemen vor Ort zu sein.

Veränderungen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte

Bei unseren Veranstaltungen und Fortbildungen sind immer wieder TeilnehmerInnen erschrocken, dass nach der Kommunalwahl 2008 in 13 von 14 Landkreisen in Brandenburg rechtsextreme Abgeordnete in den Kreistagen sitzen und dazu in mancher Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung. Manchmal haben wir das Gefühl, dass diese Tatsache in Brandenburg noch nicht wirklich im Bewusstsein der Menschen angekommen ist.

Veränderungen des politischen Klimas nach der Kommunalwahl 2008

In Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen, in denen vorher kein Vertreter saß, sitzen nun zwei (Barnim: DVU, Uckermark: NPD, Havelland: NPD, Spree-Neiße: NPD, Cottbus: NPD) oder sogar drei (Dahme-Spreewald:

NPD). Mitunter ist die Zahl der rechtsextremen Abgeordneten gestiegen (Märkisch-Oderland: einer auf zwei/ DVU, Oder-Spree: zwei auf drei/ NPD, Oberhavel: einer auf zwei/ NPD, Elbe-Elster: zwei auf drei/ DVU). Nur in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz sowie in der Stadt Potsdam ist die Zahl gleich geblieben. Im Landkreis Prignitz wechselte das Mandat von der NPD zur DVU, in Potsdam nunmehr – wie erwähnt – durch Parteiwechsel des Abgeordneten von der DVU zur NPD.

Hinter den statistischen Zahlen stehen vor Ort Menschen. Menschen, die mehr oder weniger offen rechtsextremes Gedankengut vertreten und die an vielen Orten auch in der örtlichen oder brandenburgischen Parteiführung beteiligt sind. Viele sind auch bei rechtsextremen Aufzügen, Infoständen oder Mahnwachen als Teilnehmer oder Teilnehmerinnen zu finden oder organisieren diese. Menschen, mit denen mancher Abgeordneter und manche Abgeordnete vor Ort – wenn er oder sie es sich aussuchen könnte – keinen Raum teilen würde.

Nach der Kommunalwahl bestand nunmehr im Herbst 2008 die Notwendigkeit, einen angemessenen Umgang mit der erhöhten Zahl der rechtsextremen Vertreter und Vertreterinnen zu finden. Wie geht man mit Personen in einer kommunalen Vertretung um, die sich zum Teil deren Abschaffung auf die Fahnen geschrieben haben oder die von der bestehenden Demokratie nichts halten, ja sie sogar, sobald sie den Sitzungssaal verlassen haben, aktiv mündlich oder schriftlich bekämpfen?

Die Schwierigkeiten fingen schon mit der Frage der Sitzordnung an. Wo werden rechtsextreme Abgeordnete platziert? Hinter oder neben welcher Fraktion oder Abgeordnetengruppe sollen sie sitzen? Wie schränkt man die Kontaktmöglichkeit zu eventuellen Anhängern unter den Zuschauern und zu eventuellen Beratern ein? Viele Vertretungen haben sich – sorgfältig durch die Büros der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen und die bisherigen Vorsitzenden vorbereitet – sehr darum bemüht, all diese Fragen und Sorgen zu berücksichtigen. Da wurden vor der konstituierenden Sitzung Stühle hin und her geschoben, die Sitzordnung begutachtet und Absprachen getroffen. Und dennoch waren in einigen Vertretungen die Abgeordneten unangenehm berührt, als sie real den VertreterInnen der rechtsextremen Parteien gegenüber standen oder sie hinter und neben sich sitzen hatten. Auch dann musste der gefühlte nötige Abstand in einigen Vertretungen noch einmal korrigiert werden.

Mancherorts war es nicht möglich, ein gemeinsames Foto des neuen Kreistages oder der Stadtverordnetenversammlung zu machen, weil Abgeordnete demokratischer Parteien nicht auf ein Foto mit den VertreterInnen von DVU oder NPD wollten.

Einige Abgeordnete haben uns auch erzählt, welche menschliche Verunsicherung das Da-sein rechtsextremer Abgeordneter im Sitzungssaal hervorge-rufen hat, besonders wenn diese als führende Köpfe oder langjährige Neo-nazis bekannt sind.

Hatte man vorher alle Abgeordneten per Handschlag begrüßt, egal wel-cher Fraktion sie angehörten, und ein Schwätzchen gemacht, waren manche sich plötzlich unsicher. Gebe ich rechtsextremen Abgeordneten als Menschen die Hand, ohne Berücksichtigung ihrer politischen Ausrichtung? Oder ist es menschlich legitim, ihnen eine Begrüßung zu verweigern, weil ich mit ihrer politischen Haltung anderen Menschen, zum Beispiel Fremden, gegenüber nichts zu tun haben möchte und dies die politische Auseinandersetzung, die in kommunalen Gremien ausgetragen werden muss, überschreitet?

Die Schwierigkeiten, auf die Fragen zum Umgang für jeden einzelnen Ab-geordneten und jede Vertretung eine angemessene Antwort zu finden, sind zum Teil von außen belächelt worden. Dabei ist es zutiefst menschlich, dass man durch Menschen mit demokratiefeindlichen Auffassungen verunsichert ist und erst im Laufe der Zeit eine Antwort oder Haltung findet.

Was kann man tun?

Zunächst einmal sollte außerhalb der kommunalen Vertretungen diesen Fragen und Verunsicherungen Verständnis entgegengebracht werden. Zum Zweiten müssen diese Fragen innerhalb der Vertretungen beachtet und be-sprochen werden. Und drittens müssen sie mit den gefundenen Antworten sorgfältig und angemessen in die Öffentlichkeit vermittelt werden.

In den kommunalen Vertretungen, in denen diese Fragen offen frakti-onsübergreifend oder wenigstens fraktionsintern besprochen worden sind, haben Fraktionen und einzelne Abgeordnete die nötige Handlungssicherheit bekommen.

Wo dies bisher nicht geschehen ist, ist es sinnvoll, diese Verständigung auch jetzt noch zu beginnen und regelmäßig zu wiederholen. Dies anzure-gen, wäre eine Aufgabe der Vorsitzenden der kommunalen Vertretungen und der Fraktionen.

Für alle ist es hilfreich, sich ab und zu in den Fraktionen neben der in-haltlich anspruchsvollen Arbeit Zeit zu nehmen, die Fragen des menschli-chen Umgangs intern in Ruhe zu besprechen, die bisherigen Erfahrungen zu reflektieren und eventuell Korrekturen vorzunehmen. Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen menschlichen Grenzen zu akzeptieren. Manche/r hat mehr, mache/r weniger Schwierigkeiten. Wichtig ist es dennoch, sich auszu-tauschen und eine einheitliche Linie zu verabreden.

Bei aller menschlicher Gewöhnung, die der Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten mit sich bringt, sollte man immer wieder die Sinne schärfen und beobachten, welche Ideologie diese Abgeordnete außerhalb des Sitzungssaales verbal und aktiv betreiben, um in der Haltung klar zu bleiben und auch ein klares Bild nach außen zu bieten. Arbeit und Umgang in den kommunalen Vertretungen finden vor den Augen der Öffentlichkeit statt.

Geschäftsordnungen

Den wichtigsten Handlungsrahmen zur Arbeit in den kommunalen Vertretungen bildet neben der Kommunalverfassung die jeweilige Geschäftsordnung.

Mit der Änderung der Kommunalverfassung 2008 ist die Mindestzahl zur Bildung einer Fraktion mit allen daran hängenden Rechten verändert worden. Fast alle Kreistage haben daher in ihren Geschäftsordnungen die Mindestzahl zur Bildung einer Fraktion auf vier erhöht. Die Ausnahme bilden die Kreistage von Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. In keiner Vertretung haben die rechtsextremen Abgeordneten nach den Wahlergebnissen allein die Möglichkeit, eine Fraktion zu bilden. Sie müssten sich daher mit anderen Abgeordneten zusammenschließen, was bisher in keinem Kreistag und keiner Stadtverordnetenversammlung geschehen ist. Am Fraktionsstatus hängen unter anderem sowohl die Mitgliedschaft in den Ausschüssen als auch die Möglichkeit der Entsendung berufener Bürger. Zudem haben fraktionslose Abgeordnete auch kein Rederecht in den Ausschüssen. Die Einhaltung dieser Rederechtbeschränkung tatsächlich auch zu beachten, ist Aufgabe eines/r jeden Ausschussvorsitzenden. Die Niederschriften der Ausschüsse sollten jedoch allen Abgeordneten zur Verfügung stehen, egal, ob automatisch zugesandt oder auf Anfrage. Denn zu wissen, was mit welchen Ergebnissen in den Ausschüssen verhandelt worden ist, ist eine wesentliche Grundlage zur Vorbereitung von Sitzungen der kommunalen Vertretungen. Diese Möglichkeit darf fraktionslosen Abgeordneten unabhängig von der Parteizugehörigkeit nicht genommen werden.

Mit allen Regelungen in der brandenburgischen Kommunalverfassung sowie in den Geschäftsordnungen der kommunalen Vertretungen, die die Rechte und Arbeitsmöglichkeiten für fraktionslose Abgeordnete einschränken, sollte aber sehr bedacht umgegangen werden.

Der Wunsch, die Einflussmöglichkeiten rechtsextremer Abgeordneter zu beschränken oder sich als kommunale Vertretung nicht von Rechtsextremen auf der Nase herumtanzen zu lassen, ist sehr verständlich und auch wichtig. Allerdings ist es auch ein Zeichen der Stärke unserer Demokratie, dass wir die demokratischen Regeln einhalten und die Rechte der Minderheiten in kommunalen Vertretungen achten und schützen. Dies gilt für fraktionslose rechtsextreme und fraktionslose demokratische Abgeordnete.

Eine weitere wichtige Regel in unserer Demokratie ist, dass das Geschehen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar ist und damit auch einer öffentlichen Kontrolle unterliegt. Was in den Sitzungen passiert, auch wenn WählerInnen nicht direkt als Gäste teilnehmen, muss leicht einsehbar sein. Deshalb erachten wir es als sinnvoll und notwendig, Niederschriften ins Internet zu stellen und so für Interessierte abrufbar zu machen.

Tagesordnung

Sehr sorgfältig sollte unseres Erachtens auch mit den Versuchen rechtsextremer Abgeordneter umgegangen werden, ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Mindestzahl an Unterschriften, Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Geschickt versuchen einige rechtsextreme Abgeordnete, bestehende Konflikte zwischen demokratischen Parteien oder Fraktionen auszunutzen, um ihr Ziel, mit Sachverhalten auf die Tagesordnung zu gelangen, zu erreichen. Gelingt es, wird es per Internet oder unter den Anhängern als Sieg gefeiert, den demokratischen Kräften eins ausgewischt oder diese zur Behandlung von oder sogar zur Zustimmung zu rechtsextremen Vorstößen gebracht zu haben.

Dieses Vorgehens rechtsextremer Abgeordneter sollten sich die demokratischen Parteien bewusst sein. Sie haben die Entscheidung in der Hand, ob sie in Eigenregie ihre bestehenden Meinungsverschiedenheiten austragen oder sich dabei von rechtsextremen Abgeordneten ausnutzen lassen.

Fast alle Kreistage haben für die Aufnahme von Anträgen in die Tagesordnung in der Geschäftsordnung eine Mindestzahl von Abgeordneten festgelegt, die diese Anträge mittragen müssen. Diese Regelung gilt auch für rechtsextreme Abgeordnete und sollte konsequent angewandt werden.

Anfragen

Anfragen sind eins der wenigen Mittel, die fraktionslosen Abgeordneten zur Verfügung stehen, um bei konkreten Fragen Auskunft zu bekommen und bestimmte Themen ins Blickfeld zu rücken. Dies ist ein unmittelbares Recht zur Ausübung des Mandates.

Anfragen, die sich auf Angelegenheiten des Landkreises oder der kreisfreien Stadt beziehen, müssen daher unserer Auffassung nach, von jedem einzelnen Abgeordneten gestellt werden dürfen. Man kann die Fülle von Anfragen, die an manchen Orten vorliegen, schon dadurch begrenzen, dass man genau die rechtlichen Rahmenbedingungen für Anfragen einhält oder nur eine bestimmte Zahl von Anfragen pro Sitzung zulässt.

In § 29 der Kommunalverfassung⁸⁶ ist für die Kontrolle der Verwaltung festgelegt, dass das Verlangen auf Auskunft „unter Darlegung eines konkreten Anlasses begründet werden“ soll.

Dies und der Bezug auf „die Verbandskompetenz“ in § 29 BbgKVerf bilden die Grundlage dafür, ob alle – wie oben ausgeführt manchmal wahllos gestellte – Anfragen auch beantwortet werden oder unter Anwendung der rechtlichen Regelungen auch zurückgewiesen werden müssen.

Nach der Sichtung der Anfragen, die in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen in dieser Wahlperiode bisher gestellt worden sind, fehlt die Darlegung des konkreten Anlasses oftmals. Daher dürften viele Anfragen unter Einhaltung des rechtlichen Rahmens nicht zur Beantwortung zugelassen werden, ohne damit die Ausübung des Mandats für rechtsextreme Abgeordnete unrechtmäßig zu beschränken.

Die Arbeit der Büros der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen

Eine wichtige Schnittstelle für die Arbeit der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte sind die Büros der kommunalen Vertretungen mit ihren vielerorts sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Sie sorgen dafür, dass nach Absprache und Festlegung der Vorsitzenden der Vertretungen alle Sitzungen logistisch gut vorbereitet sind und alle Abgeordneten die notwendigen Papiere haben. Auch alle schriftlichen Anfragen und Anträge, Bitten und Wünsche der Abgeordneten, notwendige Hilfestellungen, Protokolle und Nachbereitungen aller Sitzungen haben dort ihren Platz.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Büros sind – wie mit allen anderen Abgeordneten – auch direkt mit den rechtsextremen Abgeordneten beschäftigt und haben diese genauso korrekt zu behandeln. Manchmal ist es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros schwer aushaltbar, dass sie mit rechtsextremen Abgeordneten umgehen müssen, zum Beispiel wenn diese unverhohlen ihre Gesinnung zum Ausdruck bringen. Im Gegensatz zu den Abgeordneten der demokratischen Parteien können diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich aber nicht politisch mit den rechtsextremen Abgeordneten auseinandersetzen, weil sie wie eine Verwaltungseinheit funktio-

⁸⁶ Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S. 286, geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I/08, Nr. 12, S. 202, 207).

nieren müssen. Das ist manchmal eine ziemliche Belastung und sollte von anderen Abgeordneten auch beachtet und wertgeschätzt werden.

Weiterhin spielt eine Rolle, dass fraktionslose Abgeordnete nicht die Logistik und Ausstattung einer Fraktion hinter sich haben und daher zum Teil versucht sind, die Büros der kommunalen Vertretungen für Geschäftsaufgaben zu nutzen. Natürlich bedeutet es eine Gratwanderung, rechts-extreme Abgeordnete in gewissem Umfang zu unterstützen, sich aber als Büro nicht vereinnahmen zu lassen. Um diese Gratwanderung wird man nicht herumkommen. Um dabei das richtige Maß einzuhalten, brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros Gespräche, Hinweise und Begleitung.

Fazit

Im Umgang mit Rechtsextremen in Kommunalvertretungen gibt es – wie auch sonst in der politischen Praxis – kein Patentrezept und nicht „die eine richtige Lösung“. Als DemokratIn sollte man sich der rechtsextremen Herausforderung stellen, aber wie das konkret geschehen kann, müssen die Akteure jeweils für ihre Stadt und für ihren Landkreis im Einzelnen diskutieren.⁸⁷

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass Abgeordnete demokratischer Parteien über die politischen Inhalte von NPD und DVU informiert sind und wissen, welche Ziele die Parteien verfolgen. Dies ist als Grundlage für eine inhaltliche Auseinandersetzung in den kommunalen Vertretungen notwendig. Um diese Informationen zu bekommen, können sich die Fraktionen selbst auf den Internetseiten der Parteien informieren oder zum Beispiel regelmäßig Experten einladen.

Des Weiteren ist es notwendig, im Blick zu behalten, was die rechtsextremen Parteien im Land Brandenburg, aber auch im Kreisverband vor Ort thematisieren. Einige rechtsextreme Abgeordnete schreiben regelmäßig Berichte über das Geschehen in den Sitzungen der kommunalen Vertretungen vor Ort. Die Abgeordneten der demokratischen Parteien sollten wissen, was dort beschrieben wird und vor allem in welchem – oft abfälligen – Ton über die Arbeit der Kommunalvertretung hergezogen wird. Das hilft manch-

⁸⁷ Siehe dazu auch: Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung: Rechtsextreme in Kommunalvertretungen – Was können Demokraten tun? Hinweise des Mobilien Beratungsteams Brandenburg, <http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/Materialf%C3%BCdiePraxis/HandreichungRechtsextremeinParlamenten/tabid/1097/Default.aspx> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

mal, im Alltagsgeschäft der Sitzungen und in dem damit verbundenen Gewöhnungseffekt klar zu sehen, was Rechtsextreme eigentlich von der Arbeit kommunaler Vertretungen und ihrer Abgeordneten halten.

Ab und zu sollten sich die Fraktionen und Abgeordneten auch darüber informieren, wie einzelne Mandatsträger rechtsextremer Parteien außerhalb der Kommunalvertretung auftreten. So ist es möglich, sie menschlich besser einordnen zu können. Hin und wieder entdeckt man den einen oder die andere bei martialischen NPD-Demonstrationen – oder bei der Betreuung einer „Mahnwache“ in der Nachbarstadt.

Aufschlussreich ist der Umgang der NPD mit Politikern anderer Parteien. Kurz vor der Bundestagswahl 2009 hatte die NPD „Heimreiseformulare“ an Berliner Politiker aus Zuwandererfamilien verschickt. Diese Schreiben wirkten wie amtliche Bescheide und forderten die Bundestagskandidaten mit Migrationshintergrund auf, das Land zu verlassen.⁸⁸ Die NPD war so dreist, die Betroffenen gleich über die Einzelheiten ihrer Ausreise zu informieren.

Für die jeweils konkrete Auseinandersetzung und den Umgang mit rechtsextremen Mandatsträgern müssen sich die Demokraten klar werden, welches Ziel sie haben und welche Strategien und Mittel für die Auseinandersetzung geeignet sind.

Zu den konkreten Handlungszielen können gehören:

- Information und Aufklärung über Ideologie und Strategie der Rechtsextremen,
- Reduzierung der rechtsextremen Stimmenzahl bei der nächsten Wahl,
- Behinderung der außerparlamentarischen Arbeit der Rechtsextremen,
- Skandalisierung der Arbeit von Rechtsextremen in kommunalen Vertretungen,
- Überzeugung und Abwerbung der rechtsextremen Mandatsträger und anderes mehr.

Dabei müssen sich auch demokratische Abgeordnete und Fraktionen über die unterschiedlichen Adressaten ihrer Aktivitäten im Klaren sein. Richtet sich eine Aktivität direkt gegen die rechtsextremen Abgeordneten? Soll es eine Botschaft an die rechtsextremen Gäste unter den Zuschauern oder potenzielle WählerInnen sein? Oder soll die Öffentlichkeit allgemein angesprochen werden?

Um letztlich Klarheit und Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten und den dahinter stehenden Parteien zu gewinnen, ist und bleibt es wichtig, sich für Information, Austausch und Entwicklung von Strategien in den einzelnen Fraktionen und fraktionsübergreifend Zeit zu

⁸⁸ <http://www.infranken.de/nc/nachrichten/lokales/artikelansicht/article/npd-verschickt-heimreiseformulare-34404.html> [zuletzt aufgerufen am 1.12.2009].

nehmen. Mit einer klaren inneren Haltung lassen sich viele schwierige Situationen meistern, die in der Arbeit kommunaler Vertretungen entstehen, in denen rechtsextreme Abgeordnete vorhanden sind. Je besser die Öffentlichkeit die strategische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten nachvollziehen kann und je näher demokratische Abgeordnete an den tatsächlichen Problemen der Menschen vor Ort arbeiten, desto weniger werden rechtsextreme Abgeordnete ihren Einfluss ausbauen können. Die sorgfältige Auseinandersetzung aller an der Arbeit der kommunalen Vertretungen Beteiligten ist dafür ein wichtiger Baustein.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke III

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Maxie Heiner, Email: maxieheiner@gmx.de

S. 21: Amt Odervorland, <http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=89>;
<http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=131>

S. 43: Rainer Reinecke

S. 45: Andrea Nienhuisen

S. 48: Jörg Wanke (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 55: Andrea Nienhuisen

S. 56: Sabine Liebau (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 58: Jörg Wanke

S. 85, 87, 88, 92: MBT Frankfurt (Oder)

S. 98, 105, 107: Jürgen Lorenz

S. 120: Screenshots Archiv Mario Feist

S. 126: Gemeinde Plattenburg,

<http://plattenburg.verwaltung-brandenburg.de/texte/gemeindekarte.php>

S. 127, 128, 133: Gabriele Schlamann

© Januar 2010, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-029433-4

Inhalt

Vorwort	7
<i>Frauke Postel</i>	
Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilien Beratungsteams	9
<i>Michail Soschtschenko</i> : Die Kuh im Propeller	18
<i>Ray Kokoschko, Katja Hoffmann</i>	
Einheimische und Fremde auf dem Lande. Das Amt Odervorland als Beispiel	21
<i>Andrea Nienhuisen, Jan Kasiske</i>	
Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt	41
<i>Dirk Wilking</i>	
Ein Schulprojekt der Grundschule „Traugott Hirschberger“ Lübbenau wirkt in das Gemeinwesen. Gedenkstättenpädagogik mit Kindern und Eltern	63
<i>Robin Kendon</i>	
Der Umgang mit Zeichen und Symbolen des Rechts- extremismus. Erfahrungen aus der Arbeit des Mobilien Beratungsteams	79
<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Keine Erklärungen in Goldpapier, aber ein geradliniger Weg. Welche Konsequenzen wurden in Templin aus dem Mord an Bernd Köhler gezogen?	95
<i>Mario Feist</i>	
Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“?	109
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009	125

Susanne Kschenka, Anett Müller

Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen
und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien
Städte in Brandenburg 141

Katrin Pecker

Wo wird rechtsextrem gewählt? Ein Kurzbericht
zu den Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien
in Brandenburg 175

Katarina Reichmann

Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt
Elternwege-Beratungswege 189